

## Pressemitteilung

### „Auf Kosten der Beschäftigten“ – Entsetzen über SPD und Grüne

DGB, ver.di, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und die Allianz für den freien Sonntag kritisieren den einstimmigen Beschluss zur Veracht-fachung der Shoppingnächte in Rosenheim bis 24:00 Uhr.

Die DGB-Gewerkschaftssekretärin Maria Laube kritisiert gemeinsam mit ver.di, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und der Allianz für den freien Sonntag die Entscheidung des Rosenheimer Stadtrats, die Zahl der Shoppingnächte mit Öffnungszeiten bis 24:00 Uhr auf acht auszuweiten.

„Diese Entscheidung geht auf Kosten der Beschäftigten und ignoriert die tatsächlichen Arbeitsbedingungen“, erklärt Maria Laube. „Schon heute arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen an der Belastungsgrenze. Die Veracht-fachung der Nachtöffnungen verschärft die Situation weiter.“

Bereits unter den bestehenden Öffnungszeiten ist es vielerorts schwierig, die Arbeit ausreichend abzudecken. Die Ausweitung trifft auf Strukturen, die schon jetzt überlastet sind. Ein zentrales Problem ist dabei der Umgang mit Arbeits-zeit: Teilzeitkräfte werden faktisch wie Vollzeitkräfte eingesetzt.

Verlässliche Erholungsphasen, gesetzliche Ruhezeiten und Arbeitszeitgrenzen werden bereits heute häufig nicht eingehalten.

„Wer Arbeitszeiten weiter ausdehnt, obwohl diese Vorgaben schon jetzt unter Druck stehen, verschärft die Überlastung der Beschäftigten bewusst“, so Laube. „Freizeitenausgleich wird erschwert oder nicht gewährt, Ruhezeiten werden ver-kürzt, das geht direkt zulasten der Gesundheit.“

Besonders kritisch bewertet der DGB die zusätzlichen Belastungen durch Arbeit bis Mitternacht. Späte Arbeitszeiten greifen massiv in die Erholungszeiten ein und erhöhen das Risiko von körperlicher und psychischer Überlastung.

Zudem entstehen konkrete Sicherheitsrisiken: Beschäftigte, insbesondere Frauen, sind häufiger gezwungen abends oder nachts allein im Laden zu arbei-ten, Kassenabrechnungen durchzuführen und den Betrieb zu schließen. Auch

5. März 2026

Kontaktperson:

**Maria Laube**  
Politische  
Gewerkschaftssekretärin

**Deutscher Gewerkschaftsbund**  
**Region Oberbayern**  
Maria.laube@dgb.de

Dominik Datz  
Gewerkschaftssekretär  
Handel, München – Rosenheim

Verdi Region München  
Dominik.Datz@verdi.de

der Nachhauseweg in den späten Nachtstunden stellt für viele ein erhöhtes Risiko dar.

Mit Blick auf die politische Verantwortung findet der DGB deutliche Worte:

„SPD und Grüne betonen öffentlich immer wieder ihren Anspruch, sich für Arbeitnehmer:innenschutz, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Frauenrechte einzusetzen. Umso unverständlicher ist es, wenn sie vor Ort Entscheidungen mittragen, die genau diese Ziele unterlaufen und das ausgerechnet in einer Branche, in der mehr als 70 Prozent der Beschäftigten Frauen sind.“

Auch Dominik Datz, Gewerkschaftssekretär von ver.di für den Handel, äußert deutliche Kritik an der Vorgehensweise der SPD: „Gerade dort, wo die Partei konkret Arbeitnehmerrechte schützen könnte, stellt sie sich geschlossen auf die Seite der Arbeitgeberinteressen.“

„Wer Schutz und gute Arbeitsbedingungen einfordert, muss danach handeln die aktuelle Entscheidung steht dazu im klaren Widerspruch“, erklärt die Gewerkschaft ver.di.

„Zwischen Anspruch und politischem Handeln klafft hier eine deutliche Lücke“, kritisiert Alex Kirnberger Mitglied der Allianz des freien Sonntags.

Der DGB weist darauf hin, dass Gewerkschaften, kirchliche Träger und die Allianz für den freien Sonntag im Vorfeld eindringlich vor den Folgen gewarnt haben. Diese Hinweise wurden nicht berücksichtigt und offensichtlich ignoriert.

„Gute Arbeit braucht verlässliche Arbeitszeiten, ausreichende Erholungsphasen und echten Gesundheitsschutz. Nachtöffnungen bis 24:00 Uhr verschärfen bestehende Probleme, sie lösen keines“, so Laube abschließend.

DGB, ver.di, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und die Allianz für den freien Sonntag fordern die Verantwortlichen im Stadtrat auf, die Entscheidung zu überdenken und die Interessen der Beschäftigten endlich in den Mittelpunkt zu stellen. Insbesondere von der SPD als Arbeitnehmer:innenpartei und von den Grünen, die für Frauenrechte und gute Arbeitsbedingungen eintreten, erwarten wir, dass sich dieser Anspruch auch in ihrem politischen Handeln widerspiegelt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Maria Laube".

Maria Laube

Gewerkschaftssekretärin DGB Region Oberbayern